

# PHARMA- BRIEF 4/83

## BUKO PHARMA-KAMPAGNE



### DIE DREI-MONATSSPRITZE

#### VERHÜTUNGSMITTEL 2. WAHL FÜR FRAUEN "2. KLASSE" ?

Die Dreimonatsspritze, ein Langzeitverhütungsmittel, bedeutet für Frauen ein erhöhtes Krebsrisiko und andere schwerwiegende Folgen.

Bevölkerungspolitische Maßnahmen in der Dritten Welt nach den Vorstellungen der Industrieländer - für die Pharmaindustrie ein lukrativer Absatzmarkt von Dreimonatsspritzen.

Eine gemeinsame Presserklärung von medico international, terre des hommes und der BUKO-Pharmakampagne fordert die Rücknahme der Zulassung der Dreimonatsspritze durch das Bundesgesundheitsamt.

Notwendig ist ein weltweites Verbot der Dreimonatsspritze als Verhütungsmittel !!

Die Gefährlichkeit eines seit Jahren angewandten Verhütungsmittels wird seit Beginn dieses Jahres in der Fachöffentlichkeit diskutiert. Aufgrund der laut gewordenen Bedenken mußte das Bundesgesundheitsamt (BGA) handeln. Bei einem öffentlichen Expertenhearing wurden für und wieder die Gefährlichkeit der Dreimonatsspritze dargelegt. Obwohl die Dreimonatsspritze in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Verhütungsmitteln relativ wenig eingesetzt wird, wird die Entscheidung des BGA dennoch in ihrer Auswirkung von großer Bedeutung sein: Denn aufgrund der Gefährlichkeit der Dreimonatsspritze wurde sie in den USA nie zugelassen. Trotzdem wird sie in der Dritten Welt millionenfach Frauen, oft ohne Aufklärung, oder mit materiellen Geschenken verknüpft, verabreicht. Besonders aktiv sind in diesem Bereich die staatliche US-Entwicklungshilfe AID (Agency for International Development) und die internationale Familienplanungsorganisation IPPF (International Planned Parenthood Federation). Beide handeln voll im Interesse der Industrieländer, das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt mit allen Mitteln unter Kontrolle zu bekommen.

Die gleiche Firma (Upjohn), die in den USA Depo-Provera nicht auf den Markt bringen konnte, läßt es von einer Tochterfirma in Belgien produzieren und beliefert damit die ganze Dritte Welt.

Ein Verbot der Dreimonatsspritze in der Bundesrepublik, so befürchtet nun die Pharmaindustrie und mit ihr die Familienplanungsorganisationen, hätte zur Folge, daß das Mißtrauen gegen dieses Verhütungsmittel dermaßen zunimmt, daß selbst Dritt-Weltlän-

der es nicht mehr haben wollen. Mit gutem Beispiel ging Zimbabwe voran, das schon 1981 Depo-Provera verbot.

Mit Spannung erwarten wir täglich die Entscheidung des BGA. Sie war versprochen für Ende Mai/Anfang Juni. Daß bis jetzt noch keine Entscheidung gefallen ist, läßt ein heißes Tauziehen der Pharmalobby mit dem BGA hinter den Kulissen vermuten.

#### Die Dreimonatsspritze

##### Namen:

Depo-Provera/Depo-Clinovir (Upjohn/USA)

Noristerat (Schering/BRD)

##### Mögliche Nebenwirkungen:

Ungeklärtes Krebsrisiko, Mißbildungsrisiko für den Foetus, Gefahren für den Säugling während des Stillens durch Gestagen, unregelmäßige und lange Blutungen, Gewichtszunahme, Depressionen, Kopfschmerzen, Übelkeit, Müdigkeit, lebenslange Unfruchtbarkeit, erhöhtes Diabetesrisiko.

Auf dem Expertenhearing gestand ein Mediziner offen ein, die Dreimonatsspritze sei nun mal ein Verhütungsmittel 2. Wahl für Frauen "2.Klasse". Wieder einmal wird klar, wie die vielzitierte moralische Verantwortung der Pharmaindustrie zur Farce wird, wenn es um ein lukratives Geschäft geht.

Um zu verdeutlichen, wie wenig von Verantwortlichen auf der politischen Ebene zu er-  
(Fortsetzung nächste Seite)

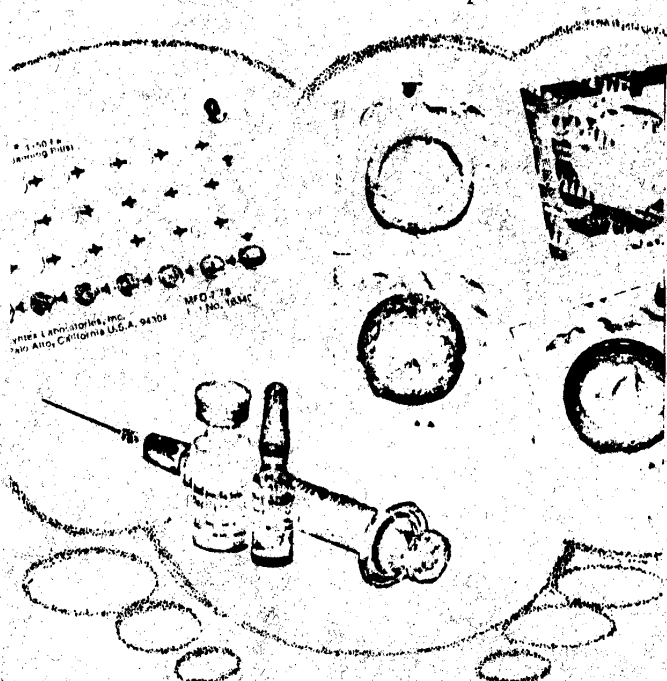
(Forts. "Verhütungsmittel 2. Wahl ...")

warten ist, wenn nicht genügend Öffentlichkeitsdruck vorhanden ist, zeigen die beiden folgenden Beispiele:

Hearing des Bundesgesundheitsamtes über die weitere Zulassung der Dreimonatsspritze in der Bundesrepublik im März 1983

Nach einem zweitägigen Expertengespräch über die Risiken von Depo-Provera und Noristerat kam BGA Präsident Überla zu folgenden Ergebnissen:

Das nachgewiesene Krebsrisiko in Tierversuchen ließe sich nicht auf den Menschen übertragen, Stoffwechselstörungen mit erhöhtem Diabetesrisiko wären nicht eindeutig nachweisbar, Blutungsunregelmäßigkeiten normalisieren sich wieder bis spätestens 1/2



Ausschnitt aus einer Familienplanungsbroschüre für kambodschanische Flüchtlinge

Jahr nach Absetzen der Spritze (13% der Frauen, die aus letztgenanntem Grund die Spritze absetzen sind kein Argument für untragbare Nebenwirkungen ?!).

Trotzdem kommt Herr Überla zu dem Schluß:

"Die dargelegten Risiken machen im Verhältnis zum Nutzen Maßnahmen im Sinne des Verbraucherschutzes notwendig. Zu erwägen sind Einschränkungen der Anwendung, Änderungen im Beipackzettel."

Antwort der Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage nach einem Verbot der Dreimonatsspritze

Es wird auf die Anhörung internationaler Experten beim BGA verwiesen, die zeige, "daß nach dem gegenwärtigen Wissenstand die Risikoerhöhung bei Anwendung dieser Arzneimittel nicht größer sein dürfte, als bei den gängigen oralen Kontrazeptiva. Für Sofortmaßnahmen bestand daher keine Veranlassung."

Die Ergebnisse der Nutzen/Risikoanalyse des BGA wird soweit erforderlich in notwendige Maßnahmen münden, die den Schutz des Verbrauchers gewährleisten (????).

Überlassen wir nicht der Pharmaindustrie die Verantwortung über unser aller Gesundheit.

Zeigen wir uns solidarisch mit den Menschen in der Dritten Welt, indem wir uns hier im eigenen Lande gegen die Praktiken der Pharmaindustrie wehren.

Die Dreimonatsspritze ist für keine Frau zumutbar!

Wir fordern:

- Ein weltweites Verbot der Dreimonatsspritze
- Kein Export verbotener Medikamente von Industrie- nach Entwicklungsländern

Aktivitäten

In einem kürzlich versandten Rundschreiben an Dritte-Welt- und Frauengruppen haben wir Ideen für eine Öffentlichkeitsarbeit diesem Thema vorgeschlagen. Über Rückmeldungen von Veranstaltungen, neue Ideen und Informationen sind wir in der Geschäftsstelle der Pharmakampagne (Adresse siehe unten) jederzeit froh und dankbar.

Wir sammeln noch alle erhältlichen Informationen über die Anwendung von Depo-Clinovir und Noristerat, um den Umgang mit diesen Mitteln in der Bundesrepublik dokumentieren zu können. B.M.

**MATERIAL**

Wir haben inzwischen eine umfangreiche Dokumentation zur Drei-Monatsspritze zusammengestellt, die zahlreiche Hintergrundinformationen über medizinische Risiken, Anwendung der Spritze in der Dritten Welt und zur Problematik der Bevölkerungspolitik enthält.

50 Seiten

5,00 DM

# ENTWICKLUNGSORGANISATIONEN FORDERN VERBOT VON 3-MONATSSPRITZEN

## GEMEINSAME PRESSEERKLÄRUNG VON MEDICO INTERNATIONAL TERRE DES HOMMES UND DER BUKO PHARMA-KAMPAGNE

In Kürze wird die Entscheidung des Bundesgesundheitsamt über die weitere Zulassung von 3-Monatsspritzen (Depot-Kontrazeptiva) in der Bundesrepublik erwartet. Dabei geht es nicht nur um die Risiken, die diese Mittel für Benutzerinnen in der Bundesrepublik haben, sondern diese Entscheidung wird auch Signalwirkung für den weiteren Gebrauch in der Dritte Welt haben. Trotz ungeklärten Krebsrisikos und schwerwiegender Nebenwirkungen besteht die Gefahr, daß diese 3-Monatsspritzen - wegen ihrer angeblichen Wichtigkeit für Minderheiten in der Bundesrepublik und für bevölkerungspolitische Maßnahmen in der Dritten Welt - weiter zugelassen bleiben.

Am 23. und 24. März 1983 fand in Berlin vor dem Bundesgesundheitsamt (BGA) eine Anhörung über die sogenannten Depot-Verhütungsmittel DEPO-PROVERA von Upjohn, USA (in der BRD unter dem Namen DEPO-CLINOVIR im Handel) und NORISTERAT von Schering, BRD statt.

Zur Diskussion stand die weitere Zulassung der beiden Präparate. Obwohl Depo-Provera in den USA als Verhütungsmittel verboten Noristerat nicht zugelassen ist, sind beide in der Bundesrepublik ohne Einschränkung auf dem Markt. Hier werden jährlich ca. 25.000 Packungen Noristerat (Umsatz 0,3 Millionen DM) und 150.000 Packungen Depo-Clinovir (Umsatz 2 Millionen DM) verkauft. In der Dritten Welt erhalten allein in Familienplanungsprogrammen rund 4 Millionen Frauen die 3-Monatsspritze.

Bei der Diskussion der beiden Präparate stand das Krebsrisiko im Vordergrund. Die bei Tier- und Menschenversuchen vorgefundenen Krankheitsbilder wurden von den Sachverständigen kontrovers diskutiert. Unseres Erachtens besteht zumindest weiterhin der Verdacht eines erhöhten Krebsrisikos. Nach deutschem Arzneimittelrecht reicht ein solcher Verdacht aus, die Mittel zu verbieten.

Neben dem erhöhten Krebsrisiko werden auch weitere zum Teil ungeklärte Risiken diskutiert wie:

- \* Mißbildungsrisiko für den Foetus
- \* Gefahren durch Gestagen für gestillte Kinder
- \* Mögliche Sterilität
- \* Blutungsunregelmäßigkeiten

Hinzu kommt, daß bei negativen Nebenwirkungen das Präparat nicht, wie z.B. die Pille sofort absetzbar ist. Einmal injiziert, bleibt die Wirkung der Depot-Präparate über mehrere Monate weiter bestehen.

Auf dem Hearing des BGA wurde deutlich, daß es sich hier nach Ansicht der Experten um ein "Verhütungsmittel 2. Wahl" handelt. In der Bundesrepublik gut genug für:

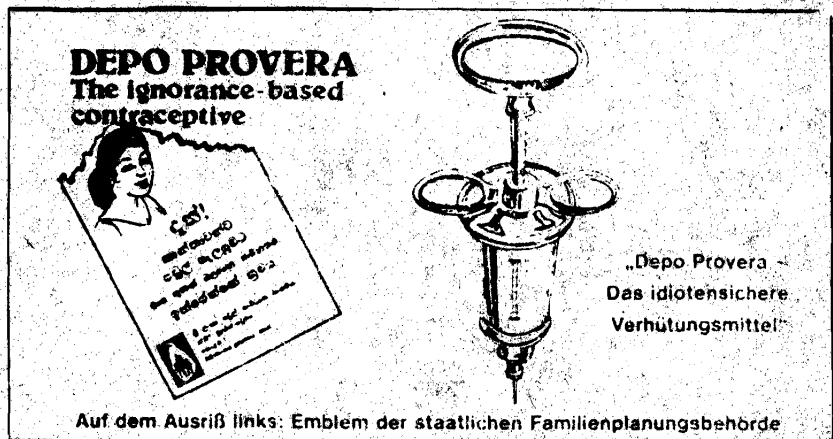
- \* Frauen in der Psychiatrie
- \* "Pillennüde"
- \* Frauen mit "unzuverlässiger Pilleneinnahme"

Dagegen wurde hervorgehoben, daß die 3-Monatsspritze im Rahmen von Bevölkerungs-

politischen Programmen in der Dritten Welt als unentbehrlich angesehen wird. In der Praxis heißt das, daß Ausländerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen, Psychatriepatientinnen bei uns und Frauen in der Dritten Welt weiter Absatzmarkt für ein gefährliches aber gewinnträchtiges Verhütungsmittel sein. Wir halten es für unverantwortlich, daß gerade den Frauen, die am wenigsten Zugang zu medizinischer Betreuung und Information haben, hier ein vermeidbares Gesundheitsrisiko und eine Medizin 2. Wahl zugemutet wird.

Wir sind der Meinung, daß medizinische und ethische Maßstäbe und das Selbstbestimmungsrecht der Frau eindeutig Vorrang haben sollten vor den Geschäftsinteressen der Pharmaindustrie und den Interessen bevölkerungspolitischer Organisationen.

Wir fordern das Bundesgesundheitsamt auf, die Zulassung für diese beiden gefährlichen Verhütungsmittel zu widerrufen. Sie sind



weder Frauen hier noch Frauen in der Dritten Welt zumutbar.

**Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne:**

Dritte Welt Haus  
August-Bebel-Str. 62  
D-4800 Bielefeld 1  
Tel. (0)521-60550

Kostenlose Materialliste anfordern!

## PHARMA-AKTIONSSEMINAR

Vom 16.-18. September wollen wir wieder einmal alle Engagierten in Sachen Pharma-problematik zu einem Wochenendseminar einladen.

Über die unverantwortlichen Praktiken der Pharmaindustrie wurden bis jetzt Unmengen an Fakten weltweit gesammelt. Die Vorwürfe an die Industrie wurden in Veröffentlichungen immer wieder benannt. Der Schlagabtausch zwischen Pharmaindustrie und Pharma-Kampagne hat bis jetzt auf der publizistischen Ebene intensiv stattgefunden durch Anzeigenkampagnen, Rundfunksendungen, Zeitungsartikel und Expertendiskussionen.

Damit die Kampagne aber kein Ping-Pong Spiel zwischen Fachleuten bleibt, finden wir es äußerst wichtig, daß jetzt immer mehr Basisgruppen die Sache mit wirksamen Aktionen an die Öffentlichkeit tragen.

Diese Wochenende wollen wir dazu nutzen, bis jetzt gesammelte Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit auszutauschen, Schwerpunkte zu setzen auf die wir uns konzentrieren wollen und neue (und alte) Aktionsformen ausprobieren.

Wichtig finden wir dabei immer wieder die Parallele aufzuzeigen, wie die Pharmaindustrie sowohl bei uns als auch in der Dritten Welt die Medikamentengläubigkeit der Verbraucher schamlos ausnutzt.

Wir hoffen, daß alle die bereit sind aktiv zu werden, von diesem Seminar neue Ideen, Stärke, Klarheit und Rückhalt mit nach Hause nehmen.

Wir freuen uns auf viele aktive Kritiker der Pharmaindustrie. Meldet Euch bei der Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne an. Tagungsort und alle weiteren Angaben werden wir Euch dann zuschicken.

## KURZ GEMELDET

### Pharma-Kampagne auf Bayer Aktionärsversammlung

Am 28.6.83 fand in Köln die Aktionärsversammlung der Bayer AG statt. Der Konzern hatte einen satten Gewinn auszuweisen. Dennoch mag sich mancher Aktionär auf der Versammlung nicht recht wohl gefühlt haben. Ein Vielzahl von Umweltschutzorganisationen und die Pharma-Kampagne hatten sich je eine Aktie gekauft, um auf der Versammlung Bedenken gegen die Geschäftspolitik von Bayer vorbringen zu können.

Um den Vorwürfen Nachdruck zu verleihen kandidierten auch einige der "alternativen Aktionäre" für den Vorstand der Bayer-AG. Mit dabei war für die Dritte-Welt-Gruppen Barbara Kasel. Ihre Rede und unsere Vorwürfe gegen Bayer dokumentieren wir in der nächsten Ausgabe des Pharma-Briefs.

## Materialien zum Studientag erhältlich

Der von den Kirchen zur "Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt" am 8.3.83 in Bonn veranstaltete Studientag hat zahlreichen papiernen Niederschlag gefunden (Bericht siehe Pharma-Brief 3/83). Nicht nur, daß große Zeitungen und Rundfunkanstalten über ihn berichteten, die Frankfurter Rundschau druckte sogar die kompletten Reden der Industrie und der Pharma-Kampagne ab, es gibt jetzt auch zwei Materialien gedruckt:

Die Vorträge vom Studientag sind in dem Heft "Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt" abgedruckt. Preis 4,80 DM.

Unsere Dokumentation zum Studientag, die unsere wesentlichsten Vorwürfe in geraffter Form und mit konkreten Beispielen belegt enthält, haben wir wegen der großen Nachfrage jetzt gedruckt. Zugefügt haben wir wichtige Zeitungsartikel über den Studientag. Preis nur noch 3,00 DM.

Beide Materialien können bei der Geschäftsstelle der Pharma-Kampagne bestellt werden.

### Rundfunksendungen über Pharmaproblematik

Zwei längere Rundfunksendungen über die Pharma-Problematik in letzter Zeit sind besonders erwähnenswert:

Am 15.3.83 gab es im Südfunk eine 105 minütige Life-Diskussion zwischen Vertretern der Pharma-Kampagne und der Industrie. Diese Sendung (Titel "Weltmarkt Gesundheit") kann als Kasette bei der evang. Medienzentrale in Stuttgart ausgeliehen werden.

"Pillenhandel in der Dritten Welt - Die Geschäfte der Pharmaindustrie" war der Titel einer 2-stündigen Sendung (mit Musik) des Westdeutschen Rundfunk am 9.6.83 zur besten Sendezeit im WDR II. Grundlage für die Sendung waren unsere Materialien ergänzt um Stellungnahmen der Industrie und Berichten aus der Dritten Welt.

### Bluthandel schlägt hohe Wellen

Die Auseinandersetzung über die umstrittenen Blutplasmaimporte der deutschen Industrie nehmen immer breitere Formen an. Die Plasmapheresekommission, ein Zusammenschluß von Industrie, kommunalen Blutbanken und DRK gab eine Stellungnahme zu den Plasmaimporten ab. Dabei gab sie Versicherungen ab, die offensichtlich nicht in ihren Kompetenzbereich fallen, sie ist nämlich nur für die Situation in der BRD zuständig. Das Deutsche Ärzteblatt berichtete über Vorwürfe und Stellungnahme.

Hochst hat jetzt zum wiederholten Male bekundet, daß sie ihre Blutplasmafabrik in Brasilien an den Staat verkaufen wollen. Begründung der Höchst-Pressesprecherin: sie seien die ewige öffentliche Auseinandersetzung leid.